

Deutsches Vorauskommando in Kabul



BERLIN: Nach dreitägiger Anreise ist das deutsch-niederländische Vorauskommando der Afghanistan-Schutztruppe am Freitagmorgen in Kabul eingetroffen. Verteidigungsminister Rudolf Scharping sagte in Berlin, Ausrüstung und Geräte seien mit Grosstransportern extra eingeflogen worden. Ein heftiges Feuergefecht am US-Stützpunkt in Kandahar am Morgen unterstrich die anhaltende Gefährlichkeit der Lage. Die Hauptkräfte deutscher Soldaten werden nach Angaben Scharpings Anfang Februar nach Afghanistan verlegt. Dem Vorauskommando gehören 70 deutsche und 30 niederländische Soldaten an. Davon blieben allerdings wegen Engpässen bei der Transportkapazität vorerst 40 Soldaten im türkischen Umsteigeflughafen Trabzon zurück, auf dem das Kommando zwei Tage festgesehen hatte.

Berlusconi versichert EU seine volle Unterstützung

ROM/PARIS: Nach Zweifeln am europapolitischen Kurs Italiens hat Ministerpräsident Silvio Berlusconi der EU seine volle Unterstützung versichert. Er sagte nach einem Treffen mit dem ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing in Rom, Italien glaube an ein starkes Europa, das in der Welt mit einer Stimme spreche. Damit meine er ein Europa mit einheitlicher Währung und eigener Armee. In einem Beitrag für die französische Zeitung «Le Monde» bekannte sich Berlusconi zur «Wertegemeinschaft» der Europäischen Volkspartei.

Israelische Soldaten zerstören Rollfelder am Flughafen Gaza



GAZA: Israel hat seine Vergeltungsaktionen für den Tod von vier Soldaten den dritten Tag hintereinander fortgesetzt. Armee-Einheiten rückten in der Nacht zum Freitag auf den Flughafen von Gaza vor. Panzer und Bulldozer rissen nach Angaben der Flughafenleitung vor dem Morgenrauschen noch intakte Teile des Rollfelds auf. Ausserdem nahmen israelische Sicherheitskräfte in Rafah neun Palästinenser wegen Waffenschmuggels fest. Am Mittwoch waren vier israelische Soldaten im Gazastreifen bei einem Überfall der militanten Organisation Hamas getötet worden.

Die Aktion in Gaza solle einen Eindruck davon vermitteln, was passiere, wenn sich die Situation verschlechtert, erklärte der israelische Oberst Imad Farris. Bereits am Donnerstag hatte Israel im Flüchtlingslager von Rafah mindestens 52 Gebäude zerstört. Die Palästinenser sprachen von Wohnhäusern, die israelische Armee gab dagegen an, es habe sich um Verstecke von militanten Palästinenser Schützen gehandelt.

Stoiber tritt als Kanzlerkandidat gegen Schröder an

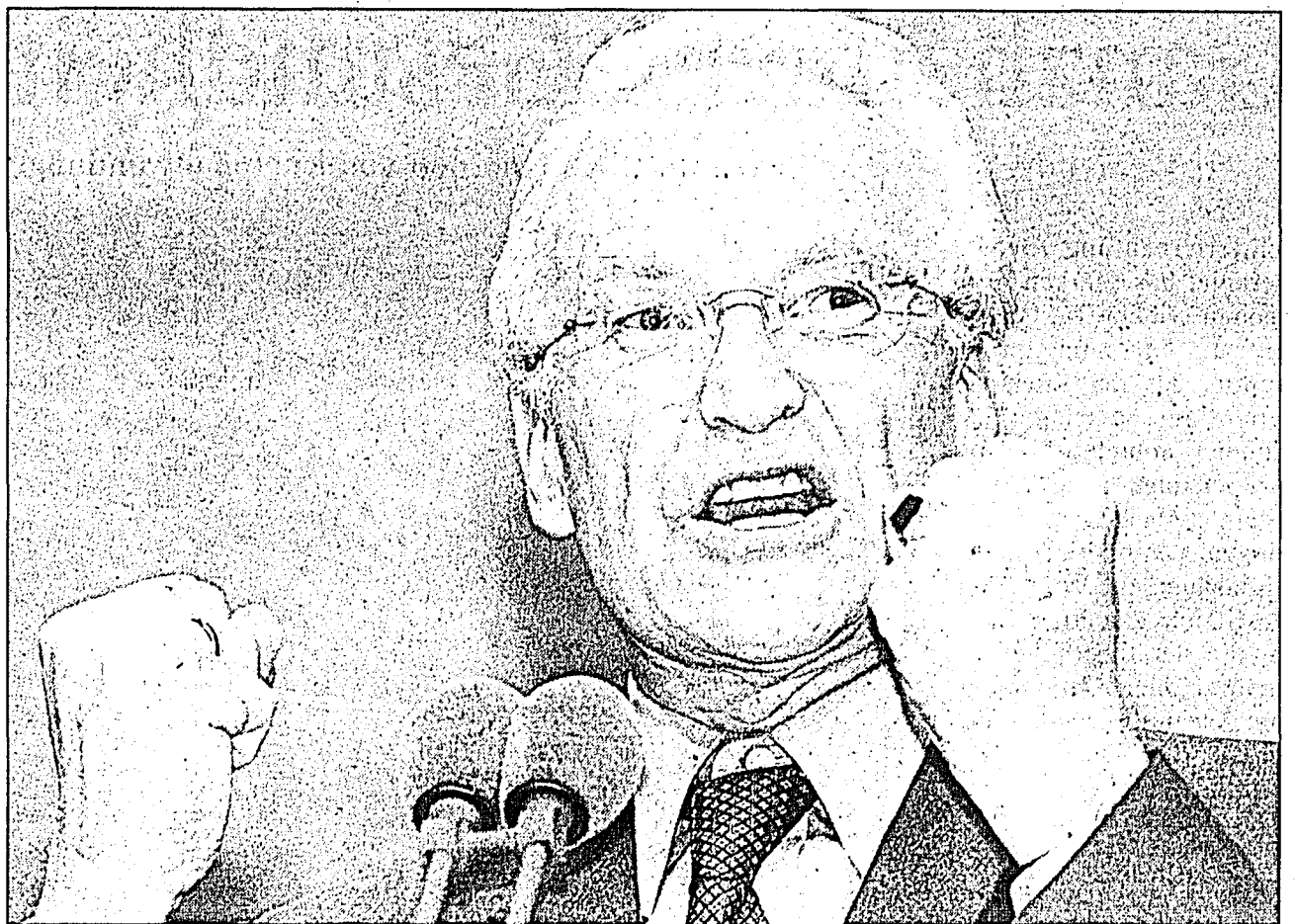
Stoiber: «Ich stelle mich der Verantwortung»

MAGDEBURG: Der Herausforderer von Kanzler Gerhard Schröder bei der Bundestagswahl heisst Edmund Stoiber. Nach wochenlangem Tauziehen um die Kanzlerkandidatur der Unionsparteien verzichtete die CDU-Vorsitzende Angela Merkel am Freitag zu Gunsten des bayerischen Ministerpräsidenten. Der CSU-Parteichef garantiert die Geschlossenheit der Schwesterparteien und habe daher die grösseren Siegchancen, sagte sie in Magdeburg. Führende CDU-Politiker dankten Merkel für ihre Entscheidung und sagten Stoiber ihre Unterstützung zu. Die Wirtschaft reagiert positiv.

Stoiber sagte, er wolle mit Unterstützung aller CDU- und CSU-Mitglieder und im Schulterschluss mit Merkel ganz Deutschland Perspektiven für Wohlstand und soziale Sicherheit geben. «Ich stelle mich deshalb der Verantwortung einer Kanzlerkandidatur», erklärte der 60-Jährige in München.

Die Entscheidung fiel am Vormittag in einer Unterredung der beiden Parteivorsitzenden in Stoibers Privathaus bei München. Merkel sicherte Stoiber ihre Unterstützung zu. Der gemeinsame Vorschlag sei vom CDU-Bundesvorstand einstimmig akzeptiert worden. Merkel kündigte an, dass sie gemeinsam mit Stoiber die Wahlkampfkommission beider Unionsparteien leiten werde. Bald werde auch eine Wahlkampfmannschaft aufgestellt, deren Mitglieder jeweils bestimmte «Kompetenzfelder» vertreten sollten. Diesem Team werde sie allerdings nicht angehören, sagte sie.

Merkel sagte, es sei ihre «tiefste Überzeugung», dass Stoiber der richtige Kandidat sei. Es habe immer festge-



Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (Bild) wird im Herbst gegen Kanzler Gerhard Schröder antreten.

standen, dass derjenige bei der Wahl am 22. September antreten solle, der die grössten Siegchancen habe. Neben Eignung und Bereitschaft messe sie dabei dem Kriterium der Geschlossenheit der Union allergrösste Bedeutung bei. Diese Geschlossenheit «ist mit Edmund Stoiber hervorragend herzustellen», sagte die CDU-Chefin. Sie fügte hinzu: «Ich bin Parteivorsitzende der CDU und glaube, verantwortlich gehandelt zu haben. Und darauf bin ich ein Stückchen stolz.»

Ausschlaggebend für die Entscheidung der CDU-Chefin waren offenbar auch jüngste Meinungsumfragen, nach denen die Chancen für einen

Wahlsieg der Union mit Stoiber wesentlich grösser sind als mit Merkel. Zudem hatten sich mehrere CDU-Landesvorsitzende offen für Stoiber ausgesprochen. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch nannte es in Magdeburg «gut, dass die Entscheidung heute getroffen worden ist». Schröder werde sich jetzt «warm anziehen müssen». «Hochachtung und Respekt» für die «souveräne, grossartige Entscheidung» zollte Unionsfraktionschef Friedrich Merz der CDU-Vorsitzenden. Nach Meinung der SPD ist mit dem Rückzug Merzels aus dem Kandidatenrennen die politische Erneuerung der CDU gescheitert. «Ed-

mund Stoiber ist seit heute Vorsitzender der CDSU, Angela Merkel wird Abteilungsleiterin CDU», erklärte SPD-Generalsekretär Franz Müntefering. Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch sagte, Merkel sei als Parteivorsitzende demontiert worden. Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle sprach von einer klarer gewordenen Ausgangslage für die Bundestagswahl.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, begrüsst das Ende der K-Debatte. «Jetzt müssen die Sachthemen nach vorne gebracht und die Wirtschaftskompetenz der Union konkretisiert werden», sagte er in Berlin.

Indien sieht sich für Krieg gegen Pakistan gerüstet

Verstärkte Manöver im Grenzgebiet

NEU-DELHI: Im Konflikt um das von beiden Ländern beanspruchte Himalaja-Territorium Kaschmir hält Indien an seiner harten Linie gegenüber Pakistan fest. Indien sei für einen konventionellen Krieg gegen Pakistan gerüstet, sagte der Oberbefehlshaber des Heeres, General Sunderajan Padmanabhan, am Freitag in Neu-Delhi.

Der Truppenaufmarsch an der Grenze habe beide Staaten «ziemlich nah» an einen Krieg gebracht. Verteidigungsminister George Fernandes erklärte, man könne sich auf diplomatischem Wege einigen. Die geplanten Manöver im Grenzgebiet würden aber trotz der erhöhten Spannungen stattfinden.

Die Lage an der Grenze zu Pakistan sei sehr gespannt, erklärte General Padmanabhan. Die Entscheidung über einen konventionellen Krieg liege aber bei den Regierungen. Der General betonte, Indien lehne einen Erstschiess mit Atomwaffen ab. Die Atomwaffen seien für die Abschreckung, nicht für den Krieg gedacht, sagte Padmanabhan. Er wollte sich nicht zu den Ende des Monats geplanten Manövern äussern. In den Jahren 1987 und 1998 hatten solche Manöver zu einem pakistanischen Truppenaufmarsch und erhöhter Kriegsgefahr geführt.

Das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan hat sich nach dem Überfall auf das indische Parlament Mitte De-

zember drastisch verschlechtert. Beide Staaten haben ihre Truppen an der Grenze massiv verstärkt, in Kaschmir kommt es täglich zu Artilleriegefechten. Indien macht den pakistanischen Geheimdienst ISI und in Pakistan ansässige islamische Organisationen für den Überfall auf das Parlament und die Anschläge in Kaschmir verantwortlich. Dies weist die Regierung in Islamabad zurück. Sie weigerte sich sogar, die bei dem Anschlag getöteten Attentäter in Pakistan bestatten zu lassen. Deshalb wurden die Leichen am Freitag auf einem muslimischen Friedhof in Neu-Delhi beigesetzt.

Eine offenbar von Rebellen auf ein indisches Militärfahrzeug abgefeuerte Granate verfehlte am Freitag ihr Ziel und explodierte stattdessen auf dem schwer bewachten Gelände des Obersten Gerichtshofs in Srinagar, der Sommerresidenz des indischen Teils von Kaschmir. Dabei wurde niemand verwundet, doch starben bei anderen Scharmützeln in Kaschmir sechs Rebellen und eine Zivilperson.

Der pakistanische Staatschef General Pervez Musharraf wird seine lang erwartete Rede über die Bekämpfung des Terrorismus und moslemischen Extremismus nach Angaben aus Regierungskreisen am Samstag halten. Sie werde abends um 19.30 Uhr (15.30 MEZ) vom Fernsehen übertragen, meldete die amtliche pakistanische Nachrichtenagentur APP.

Simbabwe gerät international ins Kreuzfeld der Kritik

CANBERRA: Nach der Erteilung umstrittener Vollmachten für Simbawwes Präsident Robert Mugabe gerät das Land international in Kritik. Der australische Aussenminister verkündete, sich für einen Ausschluss Simbawwes aus dem Commonwealth einzusetzen.

«Wir wollen nicht mit einem Land am Tisch sitzen, das nicht für die Dinge steht, für die wir stehen», sagte der australische Aussenminister Alexander Downer am Freitag in Canberra. Die vom simbawwischen Parlament am Donnerstag verabschiedeten Gesetze seien ein «klarer Bruch» mit den Werten der Staatengemeinschaft.

Die Staats- und Regierungschefs des Commonwealth kommen im März im australischen Brisbane zusammen. Zuvor hatte bereits der britische Aussenminister Jack Straw gewarnt, London werde für den Ausschluss Simbawwes eintreten, wenn der Machtmissbrauch dort zunehme.

In Brüssel stand am gestrigen Freitag eine Ministerdelegation aus Harare den Vertretern des EU-Ministerrats und der EU-Kommission Rede und Antwort. Die EU hatte Simbabwe aufgrund der vertraglichen Beziehungen zu den Staaten in Afrika, der Karibik und des Pazifik (AKP) zu «Konsultationen» aufgefordert, an deren Ende Sanktionen stehen könnten.

Die spanische EU-Ratspräsidentenschaft habe bei dem Treffen die Sorge der Europäer über die politische Gewalt im Lande sowie hinsichtlich der

Ordnungsmässigkeit der Wahlen, der Pressefreiheit, der Unabhängigkeit der Justiz und der Beschlagnahme von Höfen weisser Farmer vorgetragen, hiess es aus diplomatischen Kreisen.

Über die Verhängung von Sanktionen müsste zuvor auf Ebene aller 15 EU-Staaten beraten werden. Im Rahmen des AKP-Vertrags hat die EU Simbabwe in den vergangenen Jahren jährlich mit etwa 20 Millionen Euro (29,2 Millionen Mark) unterstützt. Im Zeitraum 2002 bis 2007 wollte die EU das Land weiter mit zusammen etwa 128 Millionen Euro fördern.

Gezielte Aktionen

Britische Politiker drängten die Regierung in London, auf internationaler Ebene Sanktionen einzufordern. London müsse internationale Institutionen wie die EU, das Commonwealth und die UNO zu «gezielten Sanktionen gegen die Elite in Simbabwe» drängen, forderte der aussenpolitische Sprecher der britischen Liberaldemokraten, Michael Moore. Das simbawwische Parlament hatte am Donnerstag zwei Gesetze verabschiedet, wonach unter anderem die Polizei öffentliche Versammlungen auflösen darf und öffentliche Kritik an Mugabe verboten wird.

Damit will Mugabe Opposition und Medien weiter knebeln und seine Wiederwahl im März sichern. In dem südostafrikanischen Land wird am 9. und 10. März ein neuer Präsident gewählt.